



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

69. Sitzung (öffentlich)

9. Dezember 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

hier: **Antrag auf Absetzung des TOP 3:** Gesetz zur Durchführung des Bundesgesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärme-bereich in Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Absetzung des TOP 3 ab.

1 Gesetz zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften (DL-RL-Gesetz NRW) (Anlage) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9738

Stellungnahme 14/2903

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Ministerin, gemeinsam über einen Änderungsantrag zur plenaren Beratung nachzudenken.

Der Ausschuss billigt dann den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen.

Abschließend stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen zu.

2 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Anlage) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9853
APr 14/1013

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Der Ausschuss billigt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Antragstellerinnen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Anschließend stimmt der Ausschuss mit demselben Stimmenverhältnis dem Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich der gerade angenommenen Änderungen zu.

3 Gesetz zur Durchführung des Bundesgesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich in Nordrhein-Westfalen (EEWärmeG-DG NRW) 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9737

APr 14/983

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

4 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 20

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9265

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW (LPIG) und weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10088

Bericht der Ministerin

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Durchführung einer Anhörung und darüber, die Terminfestlegung und die Benennung der Sachverständigen auf die Obleute zu delegieren.

5 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10027

In Verbindung mit:

Managergehälter: Anstand wahren und Transparenz gewährleisten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9762

Da sich die Fraktionen zurzeit noch bemühen, einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren, beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/10027 ohne Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Die SPD-Fraktion kündigt an, ihren Antrag Drucksache 14/9762 zurückzuziehen.

6 Die Landesregierung versagt beim Klimaschutz und verpasst Chancen für NRW 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10143

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, heute auf eine Debatte zu verzichten und die abschließende Beratung und Abstimmung im Februar vorzunehmen.

7 „Kohlehafen Voerde“ 23
(TOP beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 23. November 2009)

Vorlage 14/3059

8 Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Dezember 2009 für den Sonn- und Feiertagsschutz in NRW 24
(TOP beantragt von der Fraktion der SPD)

- Bericht der Landesregierung -

9 Verschiedenes 25
hier: **Geplante Anhörung zur Elektromobilität im Januar 2010**

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

hier: **Antrag auf Absetzung des TOP 3:** Gesetz zur Durchführung des Bundesgesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich in Nordrhein-Westfalen

Thomas Eiskirch (SPD) beantragt mit Blick darauf, dass den Abgeordneten das Anhörungsprotokoll erst heute Morgen zugegangen und damit eine Auswertung - einige Experten hätte wichtige, in den schriftlichen Stellungnahmen nicht enthaltene Aussagen getroffen - ausgeschlossen gewesen sei, den Tagesordnungspunkt heute abzusetzen.

Vorsitzender Franz-Josef Knieps erklärt die verzögerte Herausgabe des Protokolls mit der Erkrankung des Stenografen, weist auf den 31. Dezember als Datum des Inkrafttretens des Gesetzes hin und wertet die in der Anhörung geäußerten Meinungen als unstrittig.

Oliver Wittke (CDU) widerspricht der Schlussfolgerung, ohne das Anhörungsprotokoll wäre eine Abstimmung heute nicht möglich mit in der Konsequenz einem Auf-die-lange-Bank-Schieben. Und als das ausschlaggebende Argument, heute zu entscheiden, sehe auch er das Datum des Inkrafttretens. Im Übrigen könnte man für die Zukunft betreffend Anhörungen nur überlegen, bei engem Zeitrahmen mit verkürzten Einladungsfristen zu arbeiten.

Reiner Priggen (GRÜNE) wendet sich entschieden gegen die Sichtweise des Vorsitzenden und der CDU-Fraktion: Das entsprechende Bundesgesetz liege lange vor. Den zeitlichen Verzug hätten Landesregierung und Regierungsfractionen zu verantworten. Dass sich das Verfahren dadurch so gestalte wie nun geschehen, sei nicht der Opposition anzulasten, sondern beruhe auf einem unsauberen Vorgehen in der normalen administrativen Arbeit. Aufgrund dieses Verfahrens sollten nun zudem Rechte der Opposition beschnitten werden, denn das Ergebnis der Auswertung des Anhörungsprotokolls könnte sich durchaus in Änderungsanträgen niederschlagen. - Er unterstütze von daher den Antrag von Thomas Eiskirch auf Absetzung des Punktes von der Tagesordnung.

Vorsitzender Franz-Josef Knieps merkt an, Änderungsanträge ließen sich auch noch zur zweiten Lesung im Plenum einbringen.

Thomas Eiskirch (SPD) rät, nicht Ursache und Wirkung zu verwechseln: Das Bundesgesetz existiere schon lange, ohne dass sich die Landesregierung zügig um die Regelung der entsprechenden Tatbestände gekümmert hätte. Auch das sei aber kein Hinderungsgrund, ein geordnetes Verfahren zu gewährleisten. Dass nunmehr dieser

zeitliche Engpass bestehe, wäre auch nicht mit verkürzten Einladungsfristen zu beheben gewesen, sondern gründe sich schlicht und ergreifend auf den Umstand, dass sich die Erstellung des Protokolls durch die Erkrankung des Stenografen verzögert habe. Nichtsdestotrotz bleibe es aber bei dem guten Recht des Parlamentes - nicht nur der Opposition -, die in der Anhörung vorgetragene Argumente in Ruhe abzuwägen. Dem diene gerade die Überweisung eines Gesetzentwurfs bzw. eines Antrags in einen Ausschuss, nämlich in einer vernünftigen Atmosphäre ausführlicher als im Plenum gemeinsam die Dinge zu diskutieren.

Zu dem guten Recht gerade der Opposition gehöre es, auch in einem Fall von Eilbedürftigkeit - Eilbedürftigkeit nicht wegen Versäumnissen des Parlaments oder Erkrankung des Stenografen, sondern wegen sehr langen Nichthandelns der Landesregierung - auf eine vernünftige Auswertung der Anhörung zu bestehen. Deshalb bitte er nochmals um Absetzung des Tagesordnungspunktes.

Dietmar Brockes (FDP) bezeichnet das Ansinnen von Thomas Eiskirch als so nicht legitim: Das durch das Vorliegen des Protokolls erst nach vier Wochen entstandene Problem könne er weder den Regierungskoalitionen noch der Landesregierung anhängen. Außerdem habe die Anhörung - er, Brockes, habe an ihr ihm Gegensatz zu Thomas Eiskirch auch von Anfang bis Ende teilgenommen - keinerlei so fundamentale von den schriftlichen Stellungnahmen abweichende neue Erkenntnisse gebracht, dass dies den Ausschuss an einer Beratung und Abstimmung heute hinderte.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Absetzung des TOP 3 ab.